

NECLA KELEK

Europa als Chance Der Individuationsprozess der muslimischen Frau in der Moderne

Sehr geehrte Damen und Herren,

es freut mich sehr, dass ich Ihnen meine Gedanken zum EU-Beitritt der Türkei zur Diskussion stellen darf. Ich habe mir das Thema „Europa als Chance – Der Individuationsprozess der muslimischen Frau in der Moderne“ gewählt. Lassen Sie mich mit etwas Persönlichem beginnen.

Als ich im August 1967 im Alter von zehn Jahren mit meiner großen Schwester und meinem kleinen Bruder von Anatolien über Istanbul Richtung Deutschland fuhr, hatte ich in der Seitentasche meines neuen Mantels neben meinem türkischen Ausweis auch einen handgeschriebenen Zettel meines Vaters. Obwohl ich Deutsch nicht lesen konnte, kannte ich die Zeilen. Mein Vater hatte sie mir bei seinem letzten Besuch in der Türkei gegeben und gesagt: „Wenn ihr die könnt, dann seid ihr drin in Deutschland“. Es war die Nationalhymne, das „Lied der Deutschen“. Er glaubte, dass, so wie es in türkischen Schulen üblich ist, auch in Deutschland morgens vor Unterrichtsbeginn die Hymne gesungen wird. Am Abend vor meinem ersten Schultag in Deutschland übten mein Vater und ich die schwere Aussprache: „Blüh im Glanze dieses Glückes, Blühe, deutsches Vaterland“. Die Enttäuschung war groß, als am nächsten Morgen niemand das Lied sang, auch später wollte es niemand hören.

Der Weg von Anatolien über Istanbul nach Deutschland war für mich und für unsere Familie – deren Schicksal in vieler Hinsicht ganz typisch für die Entwicklung der türkischen Gesellschaft und für den Migrationsprozess ist – der Weg, vom Kollektiv des Familienclans zur Kleinfamilie, von der Vormundschaft in die Freiheit, von der Tradition in die Moderne, vom Sozialwesen zum Individuum.

1923 mit der Gründung der türkischen Republik hatte sich das Land eine neue Verfassung und eine neue Schrift gegeben, und den Frauen die ersten Rechte. Frauen sind es, so Atatürks Credo, die die künftigen Generationen erziehen. Man dürfe ihnen deshalb nicht, wie bisher üblich, die Bildung verweigern. Nur eine Gesellschaft, in der Frauen gleichberechtigt sind, so Atatürk, sei gerüstet, um den Weg in die Moderne einzuschlagen.

Atatürk hatte erkannt, dass es nicht reichte, die mit großem Aufwand propagierten Ideen der Französischen Revolution wie einen neuen Trieb auf den türkischen Baum zu pflanzen. Ohne Mentalitätswandel würde er nur verdorren. Für die Verwirklichung und Durchsetzung der Menschenrechte brauchte es mehr.

In den Städten, in denen die Industrie aufblühte, wuchs mit ihr auch das Bürgertum, das die neuen Freiheiten annahm und genoss. Gleichzeitig verfielen die ländlichen Strukturen und allmählich begann ein inzwischen 80 Jahre anhaltender Strom, eine Binnenmigration aus allen ländlichen Gebieten in Richtung der großen Städte, vornehmlich nach Istanbul. Auch meine Eltern folgten diesem Zug und zogen an den Bosphorus. Das erste Mal in ihrem Leben waren mein Vater und meine Mutter für sich selbst verantwortlich, entschied nicht die Großfamilie für sie. Meine Mutter, die noch verheiratet worden war, ohne gefragt zu werden, und die, wäre sie im Dorf geblieben, ihr Leben lang der Schwiegermutter hätte dienen müssen, war plötzlich auf sich selbst gestellt, musste allein einen Haushalt führen. Die Macht der Umstände machte aus meiner Mutter und den vielen Frauen, die auf ähnliche Weise in die Stadt kamen, selbständige Frauen, die eher dem Vorbild der Doris Day und Jackie Kennedy nacheiferen, als sich ins Haus sperren zu lassen.

Hinzu kam, dass sich die Türkei eine strikte Trennung von Religion und Staat verordnet hatte und der Islam und die ihm anhaftenden Traditionen in den Städten immer weiter an Boden verloren. Der Staat trennte die Religion von der Politik, verbannte ihn mitsamt Fes und Kopftuch aus den Schulen, Universitäten und öffentlichen Plätzen und gleichzeitig versuchte er, den Islam zu kontrollieren, in dem er ihn organisierte. So entstand die merkwürdige Situation, dass eine staatliche Anstalt für Religion die Vorbeter der Moscheen ausbildet, bezahlt und die Inhalte der Predigten vorgibt. Sie bezahlt auch heute die etwa 3000 Imame, die in den DITIP-Moscheen in Deutschland auf türkisch predigen. Eine Religionsfreiheit wie wir sie kennen, z. B. für die Christen, gibt es in der Türkei nicht. Jeder Türke ist, wenn er sich nicht ausdrücklich zu einer anderen Religion bekennt, von Geburt an Moslem.

Der Lebensstil, der im Istanbul der fünfziger bis siebziger Jahre vom Bürgertum gepflegt wurde, war europäisch oder amerikanisch. Das Assoziations-Abkommen der türkischen Regierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1963 entstand aus diesem nach Westen orientierten Geist, ebenso wie das heute als vorbildlich gepriesene moderne Istanbul ein Kind dieser Aufklärung ist.

Mein Vater ging als einer der ersten „Gastarbeiter“ nach Deutschland. Er ging als Republikaner, als Anhänger Atatürks, er wollte die Chancen des „Wirtschaftswunders“ nutzen. Und gleichzeitig gingen Anfang der sechziger Jahre zum ersten Mal türkische Frauen allein in die Fremde. Für sie war Europa die Chance zur weiteren Individuierung.

Der Prozess der Individuation ist Voraussetzung und Bedingung für die Moderne. Individuierung bedeutet, dass jeder Einzelne Rechte und Pflichten wahrnimmt, Verträge abschließt und er nicht als Mitglied einer Gruppe, einer Familie auftritt. Nur wer in der Lage ist, Verantwortung für sich selbst und sein Handeln zu übernehmen, wird gesellschaftlich erfolgreich agieren, sich zurechtfinden können. Viele haben dies begriffen, sie sind einen individuellen Weg gegangen und haben Europa als Chance genutzt.

Die ersten Migranten blieben nicht allein. Im großen Stil wurden in Anatolien Arbeitskräfte angeworben, sie wohnten in Deutschland dann in Heimen unter einfachs-

ten Bedingungen. Männer und Frauen blieben dabei, wie in den anatolischen Dörfern, getrennt. Es sollte ja nur ein Provisorium für zwei, drei Jahre sein. Aber es kam anders. Die Gastarbeiter holten ihre Familien nach, sie entschlossen sich in Deutschland zu bleiben, wurden Einwanderer, ohne dass die Politik darauf reagierte. Vielleicht hat sie es nicht einmal richtig registriert. Und mit den Verwandten kamen auch die muslimisch-türkischen Familientraditionen nach Deutschland. Die Frauen, die als erste in die Moderne aufgebrochen waren, wurden zurück ins Haus geholt. Es wurde kein Deutsch mehr gelernt, es wurde türkisch gesprochen, muslimisch gelebt. „Ich bin nicht nach Deutschland gekommen, sondern in eine Familie“ sagte mir bei einem Interview eine „Importbraut“ die seit zehn Jahren in Deutschland lebt.

An der ländlichen Türkei hatte sich schon Atatürk die Zähne ausgebissen. Hier gelang der Weg in die Moderne nicht, auch weil die ökonomischen Voraussetzungen dafür fehlten. Die traditionell muslimisch-türkische Kultur, das komplexe System von Glaubensvorstellungen, Bräuchen, Sitten, blieb unangetastet. Es gab zwar die Gesetze der Republik, aber niemand war da, der sie mit Leben hätte füllen können. Das Leben ging weiter, wie es seit Jahrhunderten abgelaufen war.

Das galt auch für die Binnenmigranten, die aus den Dörfern nach Istanbul gingen und dort über Nacht ihre Häuser in den Gececondos bauten. Es waren Landarbeiter ohne Land und Arbeit, die ihre Traditionen und Sitten mit nach Istanbul, und später mit nach Deutschland nahmen. Sie hatten von der Moderne nichts zu erwarten, denn für eine Karriere in der Fremde fehlten ihnen die elementaren Voraussetzungen. Und von ihnen wurde auch nichts anderes erwartet, niemand verlangte etwas von ihnen, außer dass sie die einfachen Arbeiten übernehmen sollten, für die die Deutschen sich inzwischen zu schade geworden waren. Ihnen konnte es ziemlich gleich sein, wo sie lebten – ob in Istanbul oder in Iserlohn –, sie waren auf jeden Fall die Verlierer der Entwicklung. So hielten sie sich an das, was ihnen geblieben war, ihre Traditionen und in immer stärkeren Maße an den Glauben mit seinen festen Lebensregeln und der dem Islam innewohnenden Schicksalsgläubigkeit.

Der Islam wurde – auch mit finanzieller Unterstützung durch die türkische Republik und aus Saudi-Arabien – wieder identitätsstiftend und aus Gastarbeitern wurden auch im öffentlichen Bewusstsein zunächst Türken und dann Muslime. Hinzu kam ein Gefühl, mit dem Erstarken des politischen Islam seit 1979 erst im Iran, später dann in der Türkei, mit diesem Glauben endlich wieder auf der Seite der moralischen Gewinner der Geschichte zu stehen.

So blieben die patriarchalischen Familien- und Dorfstrukturen in Anatolien unangetastet und konnten in den traditionell-orientierten Migrantenkreisen in Deutschland fortleben.

In der Türkei wurde per Gesetz das Heiratsalter der Frauen bereits in den 20er Jahren auf 18 Jahre heraufgesetzt, aber auch heute noch werden die Mädchen entweder bereits im Baby-Alter „versprochen“ oder häufig mit 15 und 16 Jahren per Zwang oder arrangiert verheiratet. Eine Untersuchung des Bundesministeriums für Familie hat 150 türkische Frauen befragt. Jede zweite Frau gab an, dass ihr Ehepartner von den Eltern ausgesucht wurde, jede vierte kannte den Partner vor der Ehe nicht, und zwölf

von den 150 Frauen fühlten sich zur Ehe gezwungen. Aus Diyarbakir melden die Menschenrechtsorganisationen ähnliche Zahlen, dort wurde jede zweite Frau ohne ihre Zustimmung verheiratet.

Auch heute – und ich betone dies sind keine Ausnahmefälle – sind in diesen Kreisen Mädchen faktisch im Besitz der Väter und Brüder, man nennt sie die „Ehre der Familie“, und passt auf sie auf.

Ältere bestimmen über ihr Leben, entscheiden ob sie zur Schule gehen und wen sie heiraten. So sollen nach einem Bericht der Zeitung „Milliyet“ vom 19.04.05 allein in Ost-Anatolien über 800.000 Mädchen zwischen 7 und 15 Jahren vom Schulbesuch ferngehalten werden, um im Haus oder in der Landwirtschaft zu arbeiten. Ich selbst habe als junges Mädchen in Deutschland miterlebt, wie eine Freundin in der Nachbarschaft über zehn Jahre lang im Haus festgehalten wurde. Dieses Mädchen durfte nicht zur Schule, weil ihre Eltern arbeiteten und sie auf den jüngeren Bruder aufpassen musste. Und sie wurde mit 16 Jahren in die Türkei geschickt und dort verheiratet.

„Die Ehe ist im Islam keine Sakrament“, schreibt die Islamwissenschaftlerin Ursula Spuler-Stegemann, „sondern ein zivilrechtlicher Vertrag zwischen zwei Familien.“

Und Heirat ist in der türkisch-muslimischen Gesellschaft keine Frage. „Verheiratet die Ledigen!“ steht im Koran und die Familienoberhäupter nehmen diese Aufforderung ernst. Den jungen Menschen wird das elementare Recht vorenthalten, selbst zu entscheiden, ob, wen und wann sie heiraten. Und es mag in diesem Zusammenhang unwichtig sein, aber ich glaube, es ist keine verklärte Romantik: Damit wird ihnen auch die Liebe vorenthalten. Sie dürfen sich nicht verlieben. Ein Kontakt, ja selbst ein harmloser Flirt zwischen jungen Männern und Frauen ohne die Ehe ist nach traditioneller Auffassung undenkbar, ein Verstoß gegen den Sittenkodex und wird nicht geduldet.

Diese Mentalität, das Festhalten am türkisch-muslimischen Common Sense in der Fremde, führt zu der Situation, die wir heute in Deutschland bei mindestens der Hälfte der hier lebenden Türken haben. Sie leben in der Moderne, sind dort aber nie angekommen. Sie leben in Deutschland nach den Regeln ihres anatolischen Dorfes. Sie haben sich in ihren Glauben, in ihre Umma, eine Parallelwelt, zurückgezogen und reproduzieren sie, in dem sie ihre Kinder mit Mädchen und Jungen ihrer alten Heimat verheiraten.

Die Folgen sind dramatisch. Mangelnde Individualisierung und Selbstverantwortung zieht u. a. auch mangelnden Bildungswillen nach sich. Wenn Eltern davon ausgehen, dass sie ihre Tochter mit 16 Jahren verheiraten, warum sollten sie dann in die Bildung dieses Kindes investieren, es Abitur machen oder studieren lassen? Mangelnde Verantwortung für die Zukunft, mangelnde Investition in die Bildung ihrer Kinder, reproduzieren immer wieder den eigenen sozialen Status. Und so relativiert sich auch die Mär von der türkischen Familie, in der alle so gut aufgehoben sind. Es ist in vielen Fällen ein Kontrollsystem, in dem die älteren Männer bestimmen und kontrollieren, was die Familienmitglieder zu tun und zu lassen haben. Dort herrscht das Prinzip des Respekts und der Ehre, ein Jüngerer hat dem Älteren nicht zu widersprechen, und die Frauen sind die „Ehre“ sprich Besitz der Männer und haben in der Öffentlichkeit

nichts zu suchen. Es ist kein System der Fürsorge, sondern eine Besitzanzeige. Im Zweifelsfall entscheidet wie im Dorf die Großmutter, ob es angemessen ist, dass die Enkelin zur Schule geht. Keine guten Voraussetzungen für eine Demokratie, denn die braucht mündige Bürger. Und so ist letztlich an der Frage der Gleichberechtigung der Frau die Integration einer großen Zahl von Türken in Deutschland gescheitert. Und diese Erkenntnis ist um so bitterer, weil in Deutschland in den letzten Jahrzehnten vielfältige Initiativen staatlicher, politischer und sozialer Politik darauf gerichtet waren, die Stellung der Frau zu verbessern. Diese Chance wird immer noch von zu wenigen genutzt. Die Männer befürchten, dass ihnen die Macht über die Frauen verloren geht. Sie folgen hier wie dort einem anderen Weltbild.

Obwohl ursprünglich die türkische Verfassung die Schweizer Verfassung zum Vorbild hatte, und im Zuge der Reformen im Mai 2004 der Artikel 10 geändert wurde – es heißt jetzt: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat ist verpflichtet, die Gleichheit zu verwirklichen“ –, klappt eine große Lücke zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit. Und ich möchte aus soziologischer Sicht nach einer Erklärung dafür suchen.

Ein Grund liegt in der grundsätzlich anderen Auffassung über die Aufgaben und die Funktion des Staates und der Familie im traditionellen islamisch-türkischen Gesellschaftsmodell. Der Islam kennt keine Trennung von Staat und Politik. Die ist vertikal getrennt, in Männer und Frauen. Die Männer sind die Öffentlichkeit, die Politik; die Frauen die Privatheit, das Haus. Die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit ist Teil des traditionellen islamischen Weltbildes. Die Gesellschaft ist kein Ganzes mit Männern und Frauen, sondern, es sind zwei Gesellschaften, die der Frauen und die der Männer. Wenn die Frau die Domäne der Männer, d. h. die Öffentlichkeit betreten will, muss sie sich nach dieser Auffassung verschleiern, um die Öffentlichkeit, sprich die Männer, nicht zu stören. Frauen stören, weil sie eine ständige Verführung für den Mann sind, vor der er geschützt werden muss, weil er sich so schwer beherrschen kann.

Der Staat ist dieser Auffassung nach der Mann, er trägt Verantwortung für das Land und regelt den politischen und wirtschaftlichen Rahmen für seine Bürger. Das Haus ist die Frau, sie soll *im* Haus Entscheidungen treffen, aber *für* das Haus trägt der Mann wieder die Verantwortung. Er kann seine Kinder so erziehen, wie er möchte, und verheiraten, mit wem er will, der Staat mischt sich nicht ein. Wer in der Öffentlichkeit über die Angelegenheiten der Familie spricht, verletzt das Gesetz der Umma, der Gemeinschaft der Gläubigen. Dieses – vereinfacht dargestellte – Weltbild wird ungebrochen gelebt, ganz gleich, welche Rechte es in der Verfassung gibt. Deshalb auch regen sich die Nationalisten und Islamisten und ihre Presse so darüber auf, dass „Fremde“ über die Armenienfrage oder Zwangsheirat, Ehrenmord und Gewalt in der Familie sprechen. Sie sind der Auffassung, das gehe keinen Fremden etwas an. Es ist eine Auffassung, die der von Max Frisch gegebenen Definition diametral entgegensteht: „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.“

In den modernen Gesellschaften trägt jeder eine Verantwortung für sich. Dem Individuum wird zugestanden und von ihm wird verlangt, sich zu kontrollieren und für

sein Handeln verantwortlich zu sein. Es ist eine horizontale Trennung von Einzelem und der Gesellschaft.

In der türkisch-islamischen Welt dagegen ist der Mensch ein Sozialwesen, der sich nicht selbst, sondern der Gemeinschaft gehört. Er trägt Verantwortung für die Anderen – der Ältere für den Jüngeren, die Männer für die Frauen, das Familienoberhaupt für die ganze Familie.

Wenn ich von „dem“ Islam spreche, begegne ich natürlich sofort einer Reihe von Einwendungen. Es gebe nicht „den“ Islam, sagt man. Es gibt Schiiten, Sunniten, Alevitin, Wahabiten, unterschiedliche Rechtsschulen etc., es gibt den „Euro-Islam“, wie den in Indonesien. Der Islam ist von seiner Anlage her keine Kirche, und es gibt die Herrschaft der islamistischen Fundamentalisten ebenso wie die Auffassungen der Modernisierer wie beispielsweise Fatima Mernissi oder Youssef Seddik, der den Koran als zutiefst individualistische Metapher deutet.

Ich bin Soziologin und mir geht es nicht um eine theologische Diskussion. Halten wir uns deshalb an das, was im Namen des Islam gelebt wird. Ich deute Religion als eine kulturelle Dimension. Wie es eine christliche Lebenseinstellung, ein Grundverständnis von Ethik, einen Wertekanon im Christentum gibt, gibt es auch diese kulturelle Dimension im Islam. Religion ist ein kulturelles System, das unserem Leben die Dimension des Transzendenten gibt. Religion vermittelt eine allgemeine Seinsordnung über die soziale Wirklichkeit hinaus.

In der türkisch-islamischen Gesellschaft gibt es spezifische Menschen- und Weltbilder, die eng mit der Religion verbunden sind und von ihr legitimiert werden: Aus der Vorstellung der Umma, der Glaubensgemeinschaft, leitet sich z. B. ein soziales Leitkonzept von Gemeinschaftlichkeit ab, das der Gemeinschaft dem Vorrang vor dem Individuum gibt und damit im Gegensatz steht zum Bild von der Einzigartigkeit des Individuums in Gesellschaften christlicher Prägung, das deren Übergang zur Demokratie erleichtert hat. Der Christenmensch wurde durch die Entdeckung des Gewissens zum verantwortlichen Einzelnen. Wer Verantwortung trägt, kann auch schuldig werden. Umgekehrt gilt auch: Ohne Gewissen keine Verantwortung. Die Frage der Individuierung ist von Gewissen, Moral und Werten nicht zu trennen – auch wenn wir das zuweilen zu vergessen drohen. Ohne diese hätten wir uns keine Gesetze, keine Verfassung, keine Grundrechte geben können.

Zwar versuchten sowohl die rechten wie die linken politischen Kräfte der türkischen Republik konsequent den Islam zurück zu drängen, aber sie setzten dem Kollektivgedanken dieser Religion kein Konzept der Stärkung der individuellen Rechte und der individuellen Emanzipation entgegen, sondern füllten ihn – ganz nach Gusto – mit neuen kollektivistischen Konzepten wie der kommunistischer Revolution, kurdischem Separatismus und türkischem Nationalismus. Die türkische Verfassung betont im Artikel 1 den „Frieden der Gemeinschaft“ und „den Nationalismus Atatürks“ und auch die Grundrechte in Artikel 12 werden gewährt, aber unterstellen und verpflichten jedermann zur Verantwortung gegenüber „der Gemeinschaft, der Familie“.

Dies mag auch ein Grund dafür sein, warum es bürgerliche oder liberale Parteien so schwer haben und nie wirklich eine Bürgerbewegung wurden. Es gelang den Kema-

listen nicht, den Staat auch und zuallererst als Schutzorganisation für die Rechte des Einzelnen zu definieren. Obwohl Atatürk den Islam hasste, leidet seine Idee der aufgeklärten Republik daran, dass er zwar den Staat säkularisierte, aber nicht als eine Gemeinschaft von Individuen, sondern weiterhin als Kollektiv organisierte. Das Prinzip der Umma, der in sich und nach außen geschlossenen Gemeinschaft, wurde nicht in Frage gestellt, sondern auf den Kopf gestellt und zum Prinzip des Türkentums umgewandelt. Jedes türkische Kind spricht jeden Morgen, das heißt im Laufe seines Schullebens mindestens tausend Mal diesen Eid:

Türküm, dogrüyum, caliskanin:
Ich bin Türke, ich bin ehrlich, ich bin fleißig,
Mein Gesetz ist es, die, die kleiner sind als ich, zu schützen
und die, die größer sind, zu ehren,
mein Land und meine Nation mehr als mich selbst zu lieben.
Mein Ideal ist aufzusteigen und voranzukommen.
Meine Existenz sei der Existenz des Türkentums geschenkt.
Wie glücklich sind die, die sagen ich bin Türke.
Ne mutlu Türküm diyene.

Seit die Aufnahme der Türkei in die EU zur Diskussion steht, vergeht kein Tag, an dem nicht die Widersprüche und Probleme zwischen gesetzlichen Reformansprüchen und der Wirklichkeit deutlich werden. Europa ist eine Herausforderung, Europa ist wieder eine Chance. 1923 hat sich die Türkei für Europa entschieden und seit dem ist sie auf dem Weg, auch wenn viele Kräfte innerhalb der Türkei dies immer wieder in Frage stellen.

Wenn diese Chance genutzt werden soll, dann muss sie die Grundwerte des europäischen Gedankens akzeptieren. Nicht nur auf der politischen Ebene, auf der die europäischen Staaten daran arbeiten, den Nationalismus zu überwinden, gibt es Anknüpfungspunkte, auch auf wirtschaftlicher Ebene ist die Türkei mit ihrer Dynamik ein sicher gleichberechtigter Partner.

Viel entscheidender ist aber der Weg in die Europäische Union als Kultursystem, als Wertegemeinschaft. Ich gehe jetzt nicht auf die Auseinandersetzung ein, ob Europa ein „Christenclub“ ist oder die türkische Republik mit dem schwarzen Tschador nach Europa segelt. Es geht mir um etwas anderes: 1923 wurde von der türkischen Republik auf jeden Fall *ein* zivilisatorischer Schritt vollzogen, der unumkehrbar sein muss. Er ist eine *conditio sine qua non*: die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Wir haben uns in dieser Gesellschaft nicht mehr als Geschlechter, sondern als Partner und als Menschen zu begegnen. Die gesellschaftliche Verantwortung müssen Frauen wie Männer tragen. Es kann nicht sein, dass die Männer in der Öffentlichkeit stehen und im Namen der Frauen Gesetze verabschieden. Die Frauen müssen beteiligt sein. Diese Gesellschaft gehört uns allen und ist nicht mehr teilbar.

Wer aus gesellschaftlichen oder religiösen Traditionen und Gefühlen darauf beharrt, Frauen Verhaltensregeln aus dem 7. Jahrhundert aufzubürden, sieht den Menschen als

nicht einzigartig und gleichberechtigt an. Wer mit der biologischen oder theologischen Minderwertigkeit der Frau argumentiert, will keine wirkliche Demokratie, auch wenn er demokratisch legitimiert ist. Und er wird in der Moderne scheitern, weil eine geteilte Gesellschaft keine verantwortungsbewussten Individuen hervorbringt.

Eine weitere zivilisatorische Errungenschaft ist die Regelung des gesellschaftlichen Lebens durch die demokratischen Entscheidungen über Gesetze. Nicht Gott, sondern die Menschen machen die Gesetze. Und diese Gesetze gelten für alle. Die Rechtsschulen des Islam akzeptieren dies nicht, für sie steht Gottes Offenbarung im Koran und der ist heilig. Die traditionell-gläubigen Muslime aber gehen davon aus, dass Gott selbst der Gesetzgeber ist, dass seine im Koran niedergelegten Offenbarungen Gesetzeskraft haben, und es keinen „säkularen“ Lebensbereich gibt.

Viele glauben, sie könnten auch in Europa nach dem Gesetz des Islam, der Scharia leben. Die Scharia bestimmt bis heute den Erziehungsgedanken vieler muslimischen Menschen. Sie geht vom grundsätzlichen Gedanken aus, dass der Islam „Hingabe“ oder auch „Unterwerfung“ bedeutet. Die Scharia ist ein Vergeltungsrecht, das körperliche Schmerzen für ein Vergehen verlangt.

Um nur ein Beispiel zu nennen. Ehebruch ist nach der Scharia ein *Hadd*-Vergehen, ein Grenzvergehen. Wer Ehebruch begeht, verletzt nicht das Recht eines Menschen, sondern Gottes Recht. Mit den Schuldigen gibt es laut Sure 24, Vers 2 kein Mitleid: 100 Peitschenhiebe oder Steinigung als Vergeltung gibt der Koran vor.

Andererseits gehört die Tötung eines Menschen – auch der vorsätzliche Mord – nicht zu den Kapitalverbrechen, sondern zu den *Qisas*-Vergehen, den Verbrechen mit der Möglichkeit der Wiedervergeltung; Koran Sure 17, Vers 33: „Wurde aber jemand zu Unrecht getötet, geben wir dem nächsten Verwandten Vollmacht (zur Vergeltung).“

Das ist nichts weiter als die Legitimation der Blutrache.

Wer sich mit Berufung auf seine Religion so von einer rechtsstaatlichen Vorstellung von Sühne und Strafe lossagt, kann in einer demokratischen Gesellschaft nicht ankommen. Einerseits Reformen beschließen und andererseits den immer stärker werdenden Islamisten und ihrem Rechtsverständnis nicht entgegen zu treten, ist nicht glaubwürdig.

Die organisierten Muslime auch in Deutschland haben, wenn sie in der demokratischen Gesellschaft als gleichberechtigte Partner akzeptiert werden wollen, eine Bringeschuld. Sie müssen nicht nur die Verfassung akzeptieren, sondern müssen sich in Wort und Tat von den Prinzipien der Scharia lossagen.

Der politische Islam versteht sich blendend darin, Grundrechte wie das der Religionsfreiheit unserer Gesellschaft zu benutzen, um ihre kollektivistischen Ideen unter dem Schleier der Persönlichkeitsrechte durchzusetzen. Die Debatte um das Kopftuch ist dafür nur ein Beispiel.

Die türkische Regierung hätte über ihr Amt für Religion die große Möglichkeit, dieses Reformwerk – die öffentliche Abwendung von den Prinzipien der Scharia – anzustoßen. Dazu könnte auch gehören, dass die nach Deutschland entsandten Imame Deutsch lernen und die im Zuwanderungsgesetz vorgesehenen Orientierungskurse

besuchen. Die türkischen und die islamischen Organisationen, die Kultur- und Moscheevereine könnten auch einen großen Beitrag zur Individuation und der Verwirklichung der Menschenrechte gerade für junge Frauen leisten, in dem sie die Praxis der Zwangsheirat ächten und Aufklärung unter ihren Mitgliedern betreiben und sie dabei unterstützen, die Sprache dieses Landes zu lernen.

Auch hier steht meines Erachtens die Reformwilligkeit der türkischen Regierung auf dem Prüfstand. Wer, wenn nicht eine islamisch geprägte Regierung, könnte kraft ihres Amtes eine Reform des Islams hin zu mehr persönlicher Freiheit fördern? Es geht auf dem Weg nach Europa nicht darum „Türken-Politik“ oder „islamische Politik“ zu betreiben, sondern am gemeinsamen europäischen Haus zu bauen.

Ich habe die Hoffnung, dass die in Deutschland lebenden Muslime und Türken erkennen, welche Möglichkeiten und persönliche Sicherheiten ihnen eine säkularisierte Gesellschaft bietet. Ich erlebe jeden Tag, wie türkische Frauen den Mut fassen und die Freiheit als ihre Chance ergreifen, ein gleichberechtigtes Leben zu führen. Diese Frauen brauchen Ermutigung und Unterstützung.

Jeder soll seine Religion und Kultur leben – solange er die Rechte des Einzelnen achtet und akzeptiert, dass der Glaube eine persönliche Sache ist.

Die Akzeptanz von Gleichberechtigung von Mann und Frau und die grundsätzliche Distanzierung von der Scharia sind Grundvoraussetzungen für ein gemeinsames Europa.

Was Bundeskanzler Schröder Anfang Mai anlässlich seines Besuches in der Türkei anmahnte, ist richtig. Er forderte einen „Mentalitätswandel“ damit die Integration gelingen kann. Ich verstehe das so: Es reicht nicht, Gesetze zu ändern und Bekenntnisse abzulegen, es muss sich etwas ändern, vor allem in den Einstellungen der Menschen. Die türkische Republik muss den Schritt aus dem Kollektivismus des Kemalismus hin zur europäischen Bürgergesellschaft machen. Die Türiinnen und Türken müssen sich nicht nur als Nation, sondern jeder und jede einzeln als freier Mensch begreifen, der Verantwortung für sich, die Türkei und die europäische Gemeinschaft übernimmt. Und die in Deutschland lebenden Türken müssen dieses Land als ihr Land akzeptieren. Dies mit allen Kräften zu unterstützen ist die große Chance, die Europa den türkischen Männern und Frauen bieten kann.

Anders als meine Eltern und meine Geschwister bin ich in Deutschland geblieben. Mein Vater, von uns der Erste, der hierher gekommen war, kehrte auch als Erster wieder in die Türkei zurück. Ihm ist es trotz gutem Willen nicht gelungen, seine Freiheit zu nutzen. Ich will nicht behaupten, dass der individuelle Weg einfach ist. Er fordert den Einzelnen in seiner ganzen Persönlichkeit.

In der Bundesrepublik Deutschland leben zurzeit ca. 2,6 Millionen Mitbürger türkischer Herkunft. Ein großer Teil von ihnen ist integriert, hat die Chancen dieser Gesellschaft ergriffen. Viele haben diese Gesellschaft als ihre Gesellschaft angenommen.

Ein anderer Teil hat sich in eine Parallelgesellschaft zurückgezogen. Es ist vielleicht eine Gruppe von einer Million Menschen, die einer Integration in die europäische Gesellschaft ablehnend gegenüber stehen. Sie wollen weiter nach ihren Traditionen leben, inklusive der Sicherheit des Sozialstaats. Aber weil die Integration dieser bei uns

lebenden Muslime und Türken so schwer ist, ahnen wir, wie groß die Aufgabe der Integration der Türkei in die Europäische Union noch werden wird.

Es führt kein Weg daran vorbei, wir – ich meine damit die Demokraten hier und in der Türkei – müssen darauf bestehen: Gleichberechtigung und Rechtstaatlichkeit, Schutz und Verwirklichung der Grundrechte des Einzelnen und nicht zuletzt Eigenverantwortung sind die Chance für die Türkei und für die Türken in Europa.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.